

## Teilerfolg für DIE LINKE

### Regierung musste sich bei Zwangsrente bewegen

Foto: www.photocase.de

Der Druck der LINKEN, des DGB und verschiedener Sozialverbände hat etwas bewirkt. Hartz-IV-Empfänger müssen nicht mehr fürchten, mit 60 Jahren „zwangsverrentet“ zu werden und deswegen starke Einbußen bei der Rente zu erleiden.

Gregor Gysi hatte in seiner Rede am 28. November im Bundestag vor den verheerenden Folgen des Auslaufens der so genannten 58er-Regelung zum Jahresende gewarnt. Dafür wurde er gescholten, belächelt und mit Nichtachtung gestraft. Schon einen Tag später erklärte SDP-Chef Kurt Beck: „Erst ab dem 63. Lebensjahr können

Empfänger von Arbeitslosengeld II künftig auf die Vorrangigkeit ihrer Rentenansprüche verwiesen werden – und das nur, wenn ein solcher Verweis keine unzumutbare Härte erzeugt.“ Der Abschlag beträgt also künftig maximal „nur“ 7,2 Prozent. Alle Arbeitslosengeld-II-Empfänger erhalten laut Beck ab dem 58. Lebensjahr die Möglichkeit, sich nicht mehr arbeitssuchend zu melden, falls ihnen nicht innerhalb von zwölf Monaten ein Arbeitsangebot gemacht werden kann.

Kurt Beck, der Verkünder des Kompromisses, reklamiert den sozialen Schritt für seine Partei. Es

würde nicht wundern, wenn auch die CDU/CSU sich demnächst als Vater dieser Idee darstellt.

Warum stimmten Union, SPD und FDP Anfang des Monats im zuständigen Ausschuss noch gegen einen Antrag, der den Titel trug „Rentenabschläge für Langzeitarbeitslose verhindern“? Weil er aus der linken Ecke kam? Offensichtlich geht es den Regierenden nicht um die Lebensleistung älterer Arbeitsloser, sondern um Parteipolitik.

DIE LINKE begrüßt die Einigung als ersten Schritt in die richtige Richtung. Das Problem ist damit aber nicht gelöst, denn auch zukünftig werden Arbeitslose ab 63 Jahren von Zwangsverrentungen mit Abschlägen betroffen sein. Gregor Gysi forderte, den „skandalösen Vorgang einer gekürzten Vorverrentung“ von Hartz-IV-Beziehern gegen ihren Willen gänzlich auszuschließen und kündigte einen weitergehenden Antrag der LINKEN und die Absicht namentlicher Abstimmung im Bundestag an. Auch Volkssolidarität, DGB und andere Sozialverbände begrüßten den Koalitions-Kompromiss und verlangten, dass die Zwangsverrentung älterer Langzeitarbeitsloser grundsätzlich verhindert werden müsse.

*Dr. Elvira Strauß*

## Sorgen um die Rente in Deutschland – DIE LINKE macht Vorschläge

Die Rente ist ein Dauerthema. Eine Studie belegt, dass in Deutschland die Rentenhöhe auf das niedrigste Niveau im Vergleich der OECD-Staaten gesunken ist. Auch der Bundestag musste das im vergangenen Monat beim Bericht der Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung konstatieren. Vor allem für Geringverdiener sind die Renten in Deutschland nur knapp halb so hoch wie im OECD-Durchschnitt. Aber auch Besserverdiener liegen unter dem Durchschnitt. „Deutschland ist mal wieder Spitze.“ so Lothar Bisky, Bundestagsabgeordneter aus

Oder-Spree. „Negativspitze“, legte er süffisant nach.

Diese Fakten sind Ergebnis einer falschen und gescheiterten Reformpolitik der Rot-Grünen und Schwarz-Roten Regierungen der letzten Jahre. Rentenkürzungen, Preiserhöhungen und ein seit Jahren hinter der Produktivitätsentwicklung zurückbleibendes Lohnniveau sind daran schuld. Behauptungen, private und betriebliche Altersvorsorge würden die niedrigen gesetzlichen Renten ausgleichen, sind einfach zynisch. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnbereich und haben

kaum noch Geld, die Ausgaben für ihr tägliches Leben zu bestreiten. Geschweige denn, privat fürs Alter vorzusorgen.

Es gibt in Deutschland soziale Schieflagen, große Teile der Be-

### In dieser Ausgabe:

DIE LINKE **2**  
kämpft um Rentengerechtigkeit

Landkreis, **3**  
Hartz IV und die Betroffenen – Immer das gleiche Lied

Klima und Energie im Zentrum linker Politik **5**

90. Jahrestag der Oktoberrevolution **6**

„Zug der Erinnerung“ startete **8**

Aus dem Landtag **9**

Für ein Europa mit Entscheidungsrechten für alle BürgerInnen **11**

2. Kongress der Europäischen Linken – Prager Aktionsappell für Frieden, Entwicklung und menschenwürdige Arbeit **12**

Das Programm der Partei DIE LINKE verlangt im Kern, dass

■ die gesetzliche Rente wieder zur tragenden Säule der Alterssicherung wird und rund 70 Prozent des Durchschnittseinkommens des Versicherten erreicht.

■ die Begrenzung der Beitragssätze auf 20 Prozent bis 2020 aufgehoben wird.

Diese Kappung nützt vor allen den Arbeitgebern.

■ alle Riester- und Nachhaltigkeitsfaktoren, die im Ergebnis Rentenkürzungen darstellen, aufzuheben sind.

■ eine einheitliche soziale Erwerbstätigenversicherung für alle ohne die derzeit vielen Ausnahmen zu schaffen ist, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch einzahlen.

Sonderregelungen für Mini- und Midi-Jobs müssen abgeschafft sowie Zeiten für Kindererziehung und Pflege, von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Aus- und Weiterbildung rentenrechtlich besser bewertet werden.

■ die Rente mit 67 rückgängig gemacht wird. Stattdessen verlangen wir einen flexiblen Ausstieg aus dem Arbeitsleben ohne Rentenabschläge vor dem 65. Lebensjahr.

■ die Rentenwerte im Osten schnellstens ans Westniveau angeglichen werden, denn noch immer liegen die Alterseinkommen in den neuen Ländern im Durchschnitt 20 Prozent unter denen in den alten.

völkerung erleben Ausgrenzung und Ungleichbehandlung. Ursache dafür sind neben Überalterung und Entvölkerung ganzer Landesteile die immer größere Schere zwischen Profit und Einkommen. Für Ostbrandenburg hätte es nicht der jüngsten Studien bedurft, um vor der Gefahr wachsender Altersarmut zu warnen. Wer mit offenen Augen durch unsere Region geht, sieht deutliche Zeichen. So berichten die Tafeln, die Lebensmittel an Bedürftige abgeben, darüber, dass nicht mehr nur Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger und Alleinerziehende, sondern zunehmend auch Ältere um Hilfe bitten. Der Seniorenrat des Landes hat schon zu Jahresbeginn darauf hingewiesen, dass die heutigen Bezieher von ALG II die Armutsrentner von morgen sein werden. „Als Politiker dürfen wir dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen.“ erklärt uns

Lothar Bisky. Schnelles Gegensteuern ist gefordert. DIE LINKE hat mit ihrem Rentensofortprogramm und in zahlreichen Anträgen deutlich gemacht, dass es Alternativen zur sozialen Abbruchpolitik der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit gibt. Die politischen Gegner behaupten immer wieder, unsere Vorschläge seien nicht finanzierbar, ohne sie überhaupt zu prüfen. Das Geld in Deutschland ist nur falsch verteilt.



DIE LINKE tritt somit für eine gesetzliche, umlagefinanzierte dynamische Rente ein, die die Sicherung des Lebensstandards wieder zum Kern der Rentenpolitik erklärt und damit wesentlich zur Vermeidung von Altersarmut beiträgt.

## DIE LINKE kämpft um Rentengerechtigkeit

Anträge der Fraktion DIE LINKE im Jahr 2007 im Deutschen Bundestag

- Rente ab 67 – Die Auswirkungen für die Betroffenen, 2. 4. 2007, DS 16/4952
- Beseitigung von Rentennachteilen für Zeiten der Pflege von Angehörigen in der DDR
- Entwicklungen des aktuellen Rentenwerts und des aktuellen Rentenwerts (Ost) nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz (Rente ab 67) 15. 5. 2007, DS 16/5359
- Rentenrechtliche Anerkennung für fehlende Zeiten von Land- und Forstwirten, Handwerkern und anderen Selbständigen sowie deren mithelfenden Familienangehörigen aus der DDR
- Rentenrechtliche Anerkennung von zweiten Bildungswegen und Aspiranturen in der DDR
- Dienst, Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Beschäftigte universitärer und anderer wissenschaftlicher außeruniversitärer Einrichtungen in den neuen Bundesländern
- Schaffung einer angemessenen Altersversorgung für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, die nach 1990 ihre Tätigkeit fortgesetzt haben
- Schaffung einer angemessenen Altersversorgung für Angehörige von Bundeswehr, Zoll und Polizei, die nach 1990 ihre Tätigkeit fortgesetzt haben
- Rentenrechtliche Anerkennung von DDR-Sozialversicherungsregelungen für ins Ausland mitreisende Ehepartnerinnen und Ehepartner sowie von im Ausland erworbenen rentenrechtlichen Zeiten
- Einheitliche Regelung der Altersversorgung für Angehörige der technischen Intelligenz der DDR
- Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes für Personen aus Partei- und Staatsapparat (2. AAÜG-ÄndG)
- Keine Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten gegenüber Älteren in den neuen Bundesländern bei der Überleitung von DDR-Alterssicherungen in das bundesdeutsche Recht\*
- Rentenrechtliche Anerkennung aller freiwilligen Beiträge aus DDR-Zeiten
- Schaffung einer angemessenen Altersversorgung für Professorinnen und Professoren Neuen Rechts, Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen
- Gerechte Alterseinkünfte für Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen der DDR
- Kein Versorgungsunrecht bei den Zusatz- und Sonderversorgungen der DDR
- Angemessene Altersversorgung für Professorinnen und Professoren Neuen Rechts, Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen
- Gerechte Lösung für die rentenrechtliche Situation von in der DDR Geschiedenen
- Regelung der Ansprüche und Anwartschaften auf Alterssicherung für Angehörige der Deutschen Reichsbahn
- Schaffung einer gerechten Versorgungslösung für die vormalige berufsbezogene Zuwendung für Ballettmitglieder der DDR
- Regelung der Ansprüche der Bergleute der Braunkohleveredlung

\* Alle konkreten Gesetzentwürfe und Begründungen sind in den Bundestagsdrucksachen vom 7. 11. 2007 Nummern DS 16/7019 bis DS 16/7035 nachzulesen.

## Der Landkreis, Hartz IV und die Betroffenen – Immer das gleiche Lied

Es war einmal wieder soweit. Die Boten des (damals noch als Hartz-IV-Minister amtierenden) SPD-Granden Franz Müntefering ereilten den Landkreis mit der Botschaft: Her mit der Kohle!

Eigentlich tut das zur Begründung herangezogene Fachchinesisch der Finanzbürokratie wenig zur Sache.

Letztens waren es noch (wie bereits berichtet) Feinheiten der „Vertikalen“ oder „Horizontalen“ Berechnung. Jetzt sind es blanke Verwaltungskosten.

Da es mit dem Erbübel der Einführung der Hartz-Gesetze zu tun hat, unternehme ich den Versuch einer bildlichen Erklärung der neuerlichen Geldforderung.

Im Hartz-IV-Amt sitzen Beschäftigte. Die müssen den Hartz-IV-Betroffenen ausrechnen, mit wie wenig Geld sie auskommen haben. Zu den dabei zu berechnenden

Posten gehören unter anderem die „KdU“ (Kosten der Unterkunft). Von der entsprechenden Zahlung an die Betroffenen übernimmt der Bund jedoch nur einen (kleinen) Teil. Den Rest hat nach der Gesetzeslage des Landkreises zu zahlen.

So weit so schlecht und seit Jahren bekannt. Aber auch die Beschäftigten im Hartz-IV-Amt müssen ja bezahlt werden.

Damit die verordnete Kostenteilung zwischen Bund und Landkreis auch hier greifen kann, war zu bestimmen: Wie viel Zeit verbrauchen die mit Berechnungen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Kostenanteil des Landkreises, wie viele Stunden entfallen auf den Kostenanteil des Bundes. Daraus wird dann der Prozentsatz, mit dem sich der Landkreis an der Bezahlung zu beteiligen hat.

So miserabel wie die ganze Hartz-IV-Gesetzgebung sind auch diese Regelungen. Unter dem Strich fordert nun der Bund rückwirkend über Jahre vom Landkreis einen Millionenbetrag. Der Landkreis wird bezahlen. Da er das Geld nicht hat, wird er dafür eben Schulden machen.

In der Sache alles nicht neu und auch nicht intelligent. Jetzt kommen allerdings weitere Gesichtspunkte hinzu.

In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses fasste ich meinen Eindruck in der fragenden Bemerkung zusammen:

In den letzten Jahren ereilte uns um diese Jahreszeit immer eine Millionenforderung des Münzministeriums.

Spannend sind doch eigentlich schon nicht mehr die Forderungen. Spannend sind die Begründungen. Was kommt als nächstes?

Die Antwort auf diese – zugegeben polemische – Frage hat mich dann doch überrascht. Verallgemeinert ist festzustellen: Es zeichnet sich eine solche Verschärfung der finanzielle Strangulierung des

Landkreises ab, dass unser Amt für Grundsicherung und Beschäftigung zur blanken Bewilligungsbehörde für 1-Euro-Jobs verkommt. Eine Aufzählung der Maßnahmen, für die weitere Rückforderungen bereits angedroht wurden, lässt keinen anderen Schluss zu.

Und da sind wir dann beim Hauptzweck der in dieser Hinsicht sehr erfolgreichen Hartz-Gesetze: Durchsetzung von Armutslöhnen zur Profitsicherung. Eine andere Schlussfolgerung erscheint mir nicht mehr möglich, da das aus dem Landkreis herausgepresste Geld eben nicht für von Armut und Arbeitslosigkeit Betroffene eingesetzt wird.

Hinzu kommt (rein zufällig?): Im November 2007 wurde mitgeteilt, dass vom Land der Haushalt des Landkreises für das Jahr 2007 nicht genehmigt wurde! Wir sparen angeblich nicht genug und die Kreisumlage könnte ja auch weiter erhöht werden. Damit ist sehr direkt klar, dass der Zwang, für Forderungen aus der Hartz-IV-Gesetzgebung aufzukommen, das Dilemma für alle Menschen im Landkreis weiter verschärft.

Man kann mir über die Rechtslage und über die Nöte der an Gesetze gebundenen (Wahl-) Beamten künftig erzählen, was man will. Als Abgeordneter werde ich Vorlagen zur Finanzierung von Forderungen für die großen Taschen des Münz-Nachfolge-Ministeriums ablehnen.



**Dr. Artur Pech**  
Schöneiche,  
Mitglied des Kreistages  
Oder-Spree,  
Vorsitzender des  
Finanzausschusses,  
Mitglied des  
Kreisausschusses

Zweite zentrale Betriebs- und Personalrätekonferenz der Fraktion DIE LINKE mit 250 Betriebsräten aus ganz Deutschland am 19. 11. 2007 in Frankfurt am Main

## Wir müssen den politischen Streik lernen

Um den Mindestlohn oder eine bessere Rentenformel durchzusetzen sind Protestkundgebungen oder Streiks einzelner Gruppierungen keine geeigneten Mittel. Das sind keine ausreichenden Kampfmethoden. Das hat auch DIE LINKE in den letzten Jahren nicht erkannt, da haben wir auch Fehler gemacht. Was wir in Deutschland lernen müssen, ist das Instrument des politischen Streiks einzusetzen. Andere euro-

päische Länder, wie beispielsweise Frankreich, sind uns da um Einiges voraus. Nur mit dieser Art des Kampfes können wir mehr Gerechtigkeit im Land erreichen. Ich sehe keinen anderen Weg mehr. Denn freiwillig wird die Regierung keinen Mindestlohn einführen. Und freiwillig wird die Bundesregierung auch die Rente mit 67 nicht zurücknehmen.

Oskar Lafontaine, Vorsitzender der Partei und Fraktion DIE LINKE



Hamburg, 2.-4. November 2007 – Energiepolitische Konferenz der LINKEN

## Klima und Energie im Zentrum linker Politik



Fotos: DIE LINKE im Bundestag.

Fraktionschef Gregor Gysi beehrte in Hamburg mit Fachkenntnis und treffsicheren Argumenten. Außerdem stellte er Berliner Positionen der deutschen Linken im Norden vor.

Sein oder Nichtsein, das ist eine ökologische Frage. Anfang November 2007 diskutierten in Hamburg über 400 Menschen aus der gesamten Bundesrepublik auf der Konferenz der LINKEN über eine ökologische, soziale, friedliche und gerechte Energiepolitik. Unter dem Motto „Klima & energie-macht-arbeit“ wurde engagiert über linke Alternativen zur gegenwärtigen Klima- und Energiepolitik diskutiert. Das Fazit: Diese Themen gehören in das Zentrum linker Politik.

### Eine Energiewende ist gefragt.

Der weltweite Energiehunger ist gewaltig und der sich beschleunigende Klimawandel wird für die ganze Menschheit, vor allem aber für die Armen auf aller Welt, dramatische Folgen haben. Nach wie vor gehen global erheblich mehr fossile Kraftwerke an die Netze als solare Energieanlagen. Jeden Tag wird ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb genommen. Allein in Deutschland gibt es Planungen für 25 bis 30 neue Kohleverstromungsanlagen. Kanzlerin Merkel redet zwar viel von Klimaschutz, ebenso wie SPD-Umweltminister Gabriel. Wer aber die Energiezukunft mit neuen Kohlekraftwerken auf Jahrzehnte festschreibt, kommt nicht zu einer Wirtschaftsweise, wie sie das Überleben der Menschheit erfordert.

Die Ölvorräte der Welt gehen in den nächsten Jahrzehnten zu Ende. Im Irak und anderswo führt das Kapital Kriege um die Kontrolle der Ölreserven.

Zwei Milliarden Menschen sind weltweit von Elektrizität ausgeschlossen. Hierzulande können immer mehr Menschen ihre Heiz- und Stromrechnungen kaum noch bezahlen.

In den nächsten zwei Jahrzehnten wird mindestens die Hälfte der deutschen Kraftwerke erneuert. Die Konzerne setzen nicht auf erneuerbare Energien. Sie wollen die Kapazitäten für den Stromexport erheblich ausweiten. Das Festhalten an der Kohle macht alle Bemühungen um Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zunichte und bedeutet einen Verlust von etwa 45000 Arbeitsplätzen.

Öl- und Stromkonzerne blockieren mit der Auto- und Flugzeugindustrie den notwendigen Strukturwandel in Richtung reduzierter und effizienter Energienutzung. Energieversorgung ist ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie hat dem Gemeinwohl zu dienen und nicht den Profitinteressen der Konzerne.

In Deutschland werden gegenwärtig rund 13 Prozent des Stroms bereits aus Wind, Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik und andere gewonnen. Schon 2004 waren 130000 Menschen im solaren Energiesektor beschäftigt. Erfolge sind also möglich. Die LINKE bezog 2005 im Wahlprogramm die Position, bis 2050 alle Energie hierzulande aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen.

### Die Ökologiefrage stellen, heißt die Systemfrage stellen.

Eine sozial und ökologisch nachhaltige und international gerechte Klima- und Energiepolitik ist mit der Herrschaft des großen Kapitals und seinen Energiekonzernen nicht zu vereinbaren. Klima- und Energiepolitik sind für DIE LINKE zugleich zwingend Friedens- und Sozialpolitik.

■ DIE LINKE verbindet die globale Energiepolitik mit der sozialen Frage. Weltweiter Emissionshandel, der von der UNO organisiert werden könnte, müsste vor allem den ärmeren Ländern zugute kommen.

■ DIE LINKE ist im Unterschied zu den anderen Parteien auch

in der Atomfrage konsequent. Nicht verantwortlich sei das ständige Herumfummeln an den Laufzeiten der Atomkraftwerke. DIE LINKE will eine Energieversorgung ohne Atomkraft.

■ Die LINKE setzt sich für die Rekommunalisierung der Energieversorgung und gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

Erste Schritte in diese Richtung wären eine wirksame Preisaufsicht, die gesetzliche Unterbindung des Baus neuer Kohlekraftwerke, die Abschöpfung der Extraprofite aus dem Emissionshandel durch eine Sondersteuer und die Überführung der Strom- und Gasnetze in die öffentliche Verantwortung, um die schamlose Abzocke der Verbraucher durch die Energiekonzerne zu beenden.

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunft wird sein, sich auf den bereits in Gang gesetzten Klimawandel einzustellen.

Wenn die LINKE in dieser welthistorischen ökologischen Herausforderung noch etwas zu Gunsten der Menschen gewinnen will, wird sie über ihre bisherigen Politikmuster hinauswachsen müssen. Keine Frage, nicht alle in der Partei denken bereits ökologisch beziehungsweise denken hier nicht immer konsequent zu Ende. Um linke Umweltpolitik zu realisieren, sind Informationen und massiver politischer Druck notwendig. Der unserer vielen Umweltpolitiker in Bund, Ländern und Kommunen so wie in der Ökologischen Plattform der LINKEN. Die Umweltkonzepte sind in der Regel nicht das Problem. Nicht nur bei der LINKEN, in ganz Deutschland gibt es genügend Fachleute, die bei vorhandenem politischen Willen in der Lage sind, gangbare und wirksame Konzepte vorzulegen. Schwierigkeiten gibt es in der konkreten Politik vor Ort. Geht es zum Beispiel um eine Entscheidung zu einem Straßenbauprojekt, spielen Gedanken an Wachstum und Arbeitsplätze oft eine größere Rolle als der Umweltschutz.

„Es will uns einfach noch nicht gelingen, die real existierenden



Heike Hänsel, Sprecherin für Entwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE, und Marko Ferst, Ökologische Plattform der LINKEN

ökologischen Gefahren in der Programmatik, insbesondere auf wirtschaftspolitischem Gebiet, als

die entscheidenden Faktoren zu behandeln, sie auch konsequent zum Ausgangspunkt unserer Positionen bei anstehenden politischen Entscheidungen zu machen“, schreibt Manfred Wolf, Gründungsmitglied der ökologischen Plattform der LINKEN und Mitglied im Sprecherrat.

Eine LINKE, die nur in eingefahrenen parlamentarischen Bahnen agiert, ist viel schwächer als eine Linke, die gesellschaftlichen Protest und Alternativen aktiv mitgestaltet.

Wir müssen den langfristigen sozialen Interessen Vorrang einräumen. Wirtschaftliches Wachstum zu Lasten der Lebenschancen zukünftiger Generationen zerstört die ökonomische Basis und richtet unbezahlbare Milliardenschäden

an. Ungebremste globale Klima- veränderungen würden große Teile der Bevölkerung ins soziale Nichts stürzen und zwischen Arm und Reich in ungekanntem Ausmaß polarisieren, mit entsprechendem Konfliktpotential. Wenn weite Teile von Afrika verwüsten, hält niemand die gigantischen Flüchtlingsströme auf. Als Linke sollten wir darüber nachdenken, ob die reichen Staaten, um die Folgen der Klimaveränderungen in ärmeren Ländern abzdämpfen, einen größeren finanziellen und logistischen Beitrag vor Ort leisten müssen.

Dr. Elvira Strauß  
Nach Redebeiträgen auf der Konferenz und Artikeln von Gilbert Siegler, Manfred Wolf und Marko Ferst

## Flughafen Berlin-Brandenburg-International: Forderung aus der Region – Keine Nachtflüge

Offener Brief an Ministerpräsident Platzeck

### Bündnis am Boden Planergänzungsverfahren zum Nachtflugverbot

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Platzeck,

mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung zum Strukturkonzept Flughafenumfeldentwicklung BBI am 24.05.2007 haben wir gehofft, dass der begonnene Dialog einvernehmlich weitergeführt werden kann und somit weitere Gutachter-, Rechtsanwalts- und Gerichtskosten dem Steuerzahler erspart bleiben. Inzwischen haben sich die drei Gesellschafter des Flughafens, zu denen auch das Land Brandenburg gehört, zurückgezogen und ihren Verwaltungen „den Fall“ übertragen. Seitdem wird in vier Arbeitsgruppen hektisch begutachtet und diskutiert, um den selbst auferlegten Zeitplan zu schaffen. Wozu diese Eile und warum werden insbesondere bei der Einarbeitung der berechtigten Forderungskataloge der Gemeinden und Bürgerinitiativen keine Vertreter von Bürgerinitiativen und der Bundesvereinigung gegen Fluglärm in den Dialogprozess mit einbezogen?

Es geht im Wesentlichen um ein optimales Funktionieren des

Flughafens, die Bürgerinteressen werden hierbei ausgeklammert, die Dialoge werden zum „Schein wahren“ weitergeführt, aber ohne positive Konsequenzen für die Bürger. Anders kann man die Auslegung der Gutachten im Planergänzungsverfahren nicht verstehen. Hiermit wird versucht, das vom Bundesverwaltungsgericht auferlegte Nachtflugverbot zu unterlaufen. Zum passiven Lärmschutz und der Grenzziehung des Entschädigungsgebietes für den Außenwohnbereich hat die FBS (Flughafen Berlin Schönefeld, red.) bis heute nichts der Planfeststellungsbehörde vorgelegt. Die Gesundheit und Lebensqualität der Bürger wird unverantwortlich belastet. Dabei müssten die Symptome von Lärm und Lärmstress sowie die hochgradige Luftverschmutzung mit Kerosin gerade Ihnen bekannt sein. Dürfen wir davon ausgehen, dass auch Sie von der Planfeststellungsbehörde einen ergänzenden Planfeststellungsbeschluss erwarten, der in besonderem Maße die Schutzinteressen unserer Einwohner berücksichtigt?

Herr Ministerpräsident Platzeck, es gibt nicht nur Überschwemmungen durch Wasser mit verheerenden Auswirkungen, auch Überschwem-

mung durch Lärm und ständig geraubte Nachtruhe sowie exorbitante Luftverschmutzungen haben schlimmste Auswirkungen. Falls Ihr Angebot das „Bündnis am Boden“ nicht nur eine medienwirksame Floskel war, sondern ein ehrlich gemeintes Angebot an die Bürger und Gemeinden, bitten wir Sie, den Worten auch Taten folgen zu lassen und für einen „echten“ Interessenausgleich BBI/Gemeinden zu sorgen. Unsere Forderungskataloge sind Ihnen als Mitgesellschafter bestens bekannt. Treten Sie mit den Gemeinden und unseren Bürgern in den Dialog und leisten Sie einen aktiven Beitrag zur zügigen Umsetzung dieser unstrittigen Interessenausgleichsforderungen.

Wir haben Grund zur Besorgnis, dass selbst das Urteil des BVG Leipzig vom 16.03.2006 unterlaufen werden soll und unseren Einwohnern, im besonderen Maße aber unseren Kindern, der natürliche Lebensraum entzogen wird. Setzen Sie ein klares politisches Signal und treten Sie mit uns gemeinsam für ein striktes Nachtflugverbot in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr ein. Ein vom Vorhabenträger und seinen Gesellschaftern erklärter vollständiger Verzicht auf Nachtflüge wäre hierzu ein erster, deutlicher Schritt.



Unterzeichnet haben den offenen Briefes:  
O. Baier, Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow,  
Dr. E. Schulz, Bürgermeister der Gemeinde Eichwalde,  
C. Ahlgrimm, Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren und  
Dr. H. Burmeister, Bürgermeister der Gemeinde Schulzendorf.



Fritz Cremer.  
Lithografie zu  
Alexander Bloks  
Poem „Die Zwölf“

Bild in Blattmitte:  
Marc Chagall.  
Friede den Hüt-  
ten, Krieg den  
Palästen!  
Tafelentwurf  
zur festlichen  
Ausschmückung  
von Witebsk.  
1918/1919

Bilder: „MARXISTI-  
SCHE BLÄTTER“,  
5/2007, Thema:  
Revolutionstheorie  
heute ★ 90 Jahre  
Oktoberrevolution

ren Kampfgefährtin (und nun Sozialdemokratin) aus den Niederlanden Mathilde Wibaut vom August 1922. Anlass war die Anklagerede, die Clara Zetkin im Auftrag der Komintern im Prozess gegen die Sozialrevolutionäre Ende Juli 1922 in Moskau gehalten hatte.

In ihrer Rede verteidigte Clara Zetkin die Oktoberrevolution als Beginn der proletarischen Weltrevolution und die Sowjetrepublik als deren Vorposten. Sie klagte die Sozialrevolutionäre an, weil diese mit Waffenhilfe und Geldern kapitalistischer Regierungen, mit Terrorakten und wirtschaftlicher Sabotage diese Revolution rückgängig machen wollten: „Die Politik der SR-Partei war während der ganzen Zeit eine opportunistische, eine gegenrevolutionäre. Ihr Kampf war kein Kampf zwischen Partei und Partei, sondern der Kampf der Gegenrevolution gegen die Revolution. Zwei Klassen stehen einander gegenüber: das Proletariat und die Bourgeoisie. Die SR standen während der ganzen Zeit an der Seite der Bourgeoisie ... Sie bedienten sich dieser Mittel, um das Proletariat wieder der Bourgeoisie zu unterwerfen, deren Joch es, dank dem heldenhaften Kampfe der russischen Arbeiter und Bauern, abgeschüttelt hatte.“ Das Revolutionstribunal sei ein Klassengericht gegen die Feinde der proletarischen Revolution im Interesse der Weltrevolution. Sie kritisierte die Führer der 2. Internationale, die das Morden im Weltkrieg und danach die Urteile der Ausnahmegerichte gegen revolutionäre Arbeiter in Deutschland, Ungarn und anderswo unterstützt hatten und nunmehr gegen die Sowjetrepublik kämpften. Sie schloss ihre Anklagerede mit den Worten: „Im Namen der 3. Internationale gebe ich der Überzeugung Ausdruck, dass das Gericht es verstehen wird, die Errungenschaften des Proletariats zu schützen und die dazu geeigneten Mittel zu finden.“

Auf die persönlichen Vorwürfe von Mathilde Wibaut antwortete Clara Zetkin: „Meine politische Gegenwart ist die konsequente Entwicklung meiner politischen Vergangenheit, ist fest verwurzelte, betätigte Überzeugung, entsprechend den geschichtlich gegebenen Umständen. Meine Überzeugung kennt heute wie vor mehr als 40 Jahren nur ein Willensziel: die soziale Revolution, die allein den leiber- und seelenmordenden Ka-

## „Ich weiß, weshalb ich wählte“

Clara Zetkin: Für den Schutz der Oktoberrevolution von 1917.  
Antwort auf einen Brief einer früheren Kampfgefährtin

pitalismus niederzwingt und den Boden für einen Gesellschaftsbau freilegt, in dem voll und harmonisch entfaltetes Menschentum für alle wohnen kann.“

Den Prozess gegen die Sozialrevolutionäre nannte sie in ihrer Antwort an Mathilde Wibaut einen politischen Prozess, „bei dem es nicht um abstrakte Prinzipien geht, vielmehr letztendes stets um reale politische Macht“, einen Prozess, der „in revolutionären Zeitläufen politischer Kampf, Kampf um die Revolution, für die Revolution oder gegen die Revolution selbst“, der

„eine Fortsetzung des Bürgerkrieges der Klassen auf anderem Gebiet und mit anderen Mitteln“ sei. Sie stützte ihre Ausführungen, indem sie auf die – gegen den millionenfachen Willen der Arbeiter und Bauern, die nach Frieden, Boden und Brot strebten, gerichteten – konterrevolutionären Taten der Sozialrevolutionäre vor und nach dem Oktober 1917 konkret auflistete.

Auf die mögliche Frage: „Wo bleibt bei diesen nüchternen Tatsachen, wo bleibt bei dieser harten geschichtlichen Argumentation die Menschlichkeit?“ antwortete

Clara Zetkin: „Das imperialistische Weltmorden und die nicht minder kulturschändende Nachkriegszeit haben uns belehrt, dass sie zu den Hunden flieht, solange die herrschende und ausbeutende Minderheit noch die geringste Hoffnung hat, ihre Gewalt über die Mühseligen und Beladenen aufrecht halten zu können. Die angeblich nach Blut dürstenden Götter in Moskau würden die soziale Revolution herzlich gern als Idylle in der Gartenlaube durchführen, ohne Diktatur, ohne Terror, wenn nur die Diktatur der Bourgeoisie und der weiße Terror ihnen das erlaubten.“

Dem Bedauern der Wibaut, dass Clara sich auf die Seite der Bolschewiki geschlagen hatte, setzte sie entgegen: „Ich weiß, weshalb ich wählte. Ich will lieber mit dem letzten der Bolschewiki zusammen ewig in der Hölle sitzen, als mit den Sozialpatrioten und Sozialpazifisten aller Länder die Freuden des Paradieses teilen. Denn [und nun ganz wie Rosa Luxemburg:] die Bolschewiki haben gewagt, wozu jenen der Mut fehlt: Wort zur Tat werden zu lassen, ›die Revolution zu machen‹. Zu machen nicht unter frei gewählten, sondern unter vorgefundenen Umständen, aber trotz alledem sie zu machen.“

Im Vorspann zur Antwort an Mathilde Wibaut, die Clara Zetkin zusammen mit deren Offenem Brief im Heft 7/8 1922 der von ihr herausgegeben „Die kommunistische Fraueninternationale“ veröffentlichte, schrieb sie: Die proletarische Revolution in Russland sei „der hochragende geschichtliche Meilenstein, an dem die Wege sich scheiden. Für oder wider Sowjet-Russland, das ist die Entscheidung in der Frage: für oder wider die proletarische Revolution selbst.“

Da ist es umso beeindruckender, wie Clara Zetkin mit politischen Gegnern umging. Sie habe „nie politische Meinungen zum alleinigen Maßstab des persönlichen Wertes gemacht, Meinungsunterschiede sind nie die Grundlage meiner persönlichen, menschlichen Einschätzung Einzelner gewesen und meiner Beziehungen zu ihnen“ (wenn auch sie „nie das Verständnis für andere politische Meinungen (!) aufgefasset (hat) als Versicherungsschein ‚alles zu verzeihen‘“). Gleich zu Beginn ihrer Antwort gesteht sie die „persönliche Wertschätzung und Sympathie, die ich Mathilde Wibaut ungeachtet aller Meinungs-



gensätze bewahrt habe“. Den frauenrechtlerischen Pazifistinnen, die sie kritisierte, bescheinigt sie „im Kampfe gegen den Krieg eine Überzeugungstreue, einen opferbereiten und hingebungsvollen Mut, ... politische Eigenschaften ..., die jene schwankenden, wankenden, führenden Sozialisten tief beschämten“. Und bezogen auf die Sozialrevolutionäre: „Wir anerkennen das Recht einer Minderheit, unter bestimmten geschichtlichen Umständen mit allen ihr verfügbaren und zweckdienlich erscheinenden Mitteln für ihre Überzeugung zu kämpfen. Was den Kampf der Sozialrevolutionäre zum unverzeihlichen Verbrechen macht, das ist sein Ziel. Dieser Kampf ist gegen die Revolution gerichtet.“ Und doch (angesichts des Gerichtsurteils): Es sei ein „schmerzlicher Gedanke, dass einige Dutzend Menschen als Geiseln hinter Mauern leben. Darunter unstrittig wertvollste Männer und Frauen, die im Kampf gegen den Zarismus Großes geleistet haben, Männer und Frauen von Charakter und Geist, von Überzeugungstreue und selbstloser Hingabe. Auch die Gegenrevolution hat ihre Helden und Märtyrer.“

Die politische Kultur in der vergangenen Arbeiterbewegung wurde leider nicht von einer solchen Haltung bestimmt. Zu hoffen ist, dass die neue LINKE auch in diesem Punkt eher Clara Zetkin als anderen ihrer Vorbilder folgen wird.

Wladimir Koslinski.  
Die Toten der Pariser  
Komune sind  
unter dem roten  
Sowjetbanner auf-  
erstanden. 1921.  
Rostafenster

Die Autorin Dr. sc.  
phil. Ulla Plener ist  
Historikerin.  
aus „DISPUT“,  
Oktober 2007

Der volle Wortlaut  
der Antwort Clara  
Zetkins an Mathilde  
Wibaut wurde  
jüngst veröffentlicht  
in: **JahrBuch für  
Forschungen zur  
Geschichte der  
Arbeiterbewegung**,  
ISSN 1610-093X,  
H.III/September  
2007, S.105-121.  
Ein Heft kostet 10  
Euro, im Abonne-  
ment (3 Hefte im  
Jahr) 25 Euro, zu  
bestellen bei der  
Redaktion: Wey-  
dingerstraße 14-16,  
10178 Berlin oder  
über: [bestellung@  
arbeiterbewegung-  
jahrbuch.de](mailto:bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)



Mobile Ausstellung informiert über 12 000 deportierte Kinder

## „Zug der Erinnerung“ startete – Bahnhof Fürstenwalde sollte eine Station sein

Am 8. November startet der „Zug der Erinnerung“ in Frankfurt (Main) zur Fahrt durch die Bundesrepublik. Im Februar erreicht er Nordrhein-Westfalen. In mehreren Städten laufen schon die Vorbereitungen, in anderen besteht noch Nachholbedarf.

Der Zug, der von einer Dampflok gezogen wird und aus mehreren Ausstellungswagen besteht, verkehrt auf der Strecke der früheren Deportationen der Reichsbahn. Dort steuert er die Heimatstädte der über 12 000 Kinder an, die zwischen 1940 und 1944 in die Vernichtungslager verschleppt wurden.

An den früheren Deportationsorten bemühen sich Bürgervereine um Spurensuche nach den deportierten Kindern und Jugendlichen. Die Opfer stammen aus jüdischen Familien, aus Familien der Sinti und Roma oder sind Kinder von Nazigegegnern. Ihre Lebenszeugnisse, Fotos, Archivbelege und mündlichen Berichte wird der Zug am Ende der mehrmonatigen Reise zur Gedenkstätte Auschwitz (Oswiecim) bringen. Der Leidensweg der jugendlichen Opfer ist in der deutschen Öffentlichkeit bisher

weitgehend unbeachtet geblieben. Massendepotierungen von Kindern und Jugendlichen fanden auch in den vormals okkupierten europäischen Staaten statt. Darin erinnert die fahrende Ausstellung mit Biografien aus Norwegen, Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Griechenland und Osteuropa.

Schätzungen sprechen von bis zu 1,5 Millionen Kindern und Jugendlichen, die nie mehr zurückkehrten. An den Vorbereitungen der Fahrt durch sieben Bundesländer sind mehrere hundert Freiwillige beteiligt, die mit dem ungewöhnlichen Gedenken auch ein Zeichen gegen Rassenhass, Rechtsextremismus und nationalen Größenwahn setzen wollen. Die erheblichen Kosten der Kampagne, die mit einem bundesweiten Kinotrailer um das Interesse von Jugendlichen wirbt, tragen die Bürgerinitiativen aus eigener Tasche. Sie haben sich mit Bitten um finanzielle Unterstützung u.a. an das Verkehrsministerium und die Bahn AG gewandt.

Um der deportierten Kinder zu gedenken und die Suche nach ihren Spuren vor Ort anzuregen, können Initiativgruppen, Organisationen



[www.zug-der-erinnerung.eu](http://www.zug-der-erinnerung.eu)  
Kontakt: [info@zugde.eu](mailto:info@zugde.eu)

und auch Netzwerke einzelner Interessierter den „Zug der Erinnerung“ anfordern.

W.D., aus „antifa“, Nov./Dez. 2007

**Deutsche Bahn und Bundesverkehrsministerium lehnen eine finanzielle Unterstützung ab. Die DB verlangt mehrere zehntausend Euro Bahntrassengebühren.** „ND“, 1. 12. 2007

der Entstehung waren nicht nur Fachpolitiker beteiligt, sondern auch prominente Mitglieder der Friedensbewegung, Wissenschaftler und kritische Militärs. Sie wendeten sich gegen die Revitalisierung des Krieges als Mittel deutscher Politik und argumentierten für eine Stärkung der UNO anstelle des Umbaus von EU und NATO zu globalen militärischen Akteuren. Sie erklärten, dass Ressourcensicherung nicht den Streitkräften obliegen dürfe, sondern Aufgabe internationaler Diplomatie und verantwortungsvoller Energiepolitik sei. Sie begründeten die Forderung nach rigoroser Abrüstungspolitik und verteidigten besondere Bundeswehr-Erregenschaften wie die Konzepte „Bürger in Uniform“ und „Innere Führung“ gegen die Forderung nach dem archaischen Kämpfer als Ideal des Soldaten.

Das Schwarzbuch ist Ergebnis einer breiten Zusammenarbeit friedensorientierter Kräfte. An

## Für „Wandel durch Aufklärung“ ein Schwarzbuch der LINKEN

Die Bundesregierung und DIE LINKE vertreten Grundkonzepte, die gegensätzlicher nicht sein können. Um diese fundamentalen Unterschiede zu verdeutlichen, stellt DIE LINKE dem Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr ein „Schwarzbuch zur Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands“ gegenüber. Es wird ein Bild deutscher Sicherheitspolitik jenseits der moralischen Aufladung gezeichnet, mit der die Bundesregierung ihren militärinterventionistischen Ansatz bemäntelt. Mit der Veröffentlichung soll eine breite und kritische Debatte angestoßen werden. Ziel des Schwarzbuchs ist Wandel durch Aufklärung.

Als Hauptfelder der Auseinandersetzung wird das Verhältnis zum Völkerrecht, die Rolle multinationaler Institutionen, Ressourcen- und Abrüstungspolitik sowie Struktur und Selbstverständnis der Bundeswehr gesehen. Bei jedem dieser Punkte stemmt sich DIE LINKE gegen die Marschrichtung der Bundesregierung. Das Schwarzbuch zeigt nicht nur punktuelle Defizite deutscher Sicherheits- und Militärpolitik auf. Es kritisiert vielmehr den generell falschen Ansatz, der nicht den Frieden fördert, sondern eine Quelle globaler Instabilität und Konflikte darstellt.

Das Schwarzbuch ist Ergebnis einer breiten Zusammenarbeit friedensorientierter Kräfte. An

## Leserbrief: Contergan – nicht nur eine Tablette

Die ARD hat am 7. und 8. November 2007 den Zweiteiler „Contergan – nur eine Tablette“ gesendet. Wer es sich antun konnte, an zwei Abenden das unendliche Leid der Contergan-Kinder, Opfer der Profitgier des deutschen Pharmakonzerns Grünenthal, anzuschauen, hat mehr über den realen Kapitalismus erfahren als beim Studium so mancher theoretischer Abhandlung.

Ich erinnerte mich sofort an einen Satz von Karl Marx in welchem das Verhältnis von Kapital und Profit charakterisiert wird: „... 300 Prozent (Profit), und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens ...“

Der Film ist ein Lehrbeispiel über den Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland. Die Gesetzeslage in diesem Staat erlaubt es, dass Verbrechen der ökonomisch Mächtigen ungesühnt bleiben. Sie brauchen „den Galgen“ nicht zu fürchten.

Der Contergan-Skandal als solcher war mir bekannt. Unbekannt war mir allerdings mit welcher Brutalität und Infamie die Ansprüche der Geschädigten vom Grünenthalkonzern in Frage gestellt und zurückgewiesen wurden. Unbekannt war mir auch, dass der leitende Arzt im Contergan-Forschungsprojekt ein ehemaliger SS-Lagerarzt war.

SS-Lagerarzt? Aus diesem Personenkreis rekrutierte sich meines Wissens die Tätergruppe, die in NS-Lagern verbrecherische Experimente, Versuchs- und Forschungsreihen am lebenden Objekt Mensch

durchführte. Stellen sich mir zwei Fragen. War vielleicht auch der nämliche Herr Ex-SS-Lagerarzt an solchen „Studien“ beteiligt? Bis in welche Zeit reichen eigentlich die Forschungen zu Contergan zurück?

Übrigens ein klares Beispiel auch, wie die in den Westzonen und der frühen Bundesrepublik unter Adenauer mit faschistischen Amtsträgern umgegangen wurde. Da fand ich den heutzutage diskreditierten „verordneten Antifaschismus“ in der DDR, der auch seine Pferdefüße hatte, dann doch wesentlich ehrlicher.

Leider war zu Zeiten des Contergan-Prozesses das Projekt „Gläserner Mensch“ unseres gegenwärtigen Bundesinnenministers Herr Dr. Schäuble noch nicht realisiert. Die Beweisführung der Anklagevertretung wäre um so vieles erleichtert worden. Denn zukünftig, wenn Herr Schäuble sein Projekt durchgesetzt hat, wird Jedem Jedes bewiesen werden können. So jemand das will, so jemanden es nützt!

Den Filmemachern und den Schauspielern, vor allem jenen, die in die Rollen der miesen Finsterlinge aufgetreten sind, möchte ich ein ganz großes Kompliment aussprechen. Danke für euren Mut! Endlich einmal eine Geschichtsaufarbeitung fern vom Schema a'la Guido Knopp.

Macht weiter so, der Stoff für weitere Filme ist reichlich vorhanden!

Gottfried Walther, Erkner

## „Großes Spiel, Große Anfrage, Große Bedenken

Stellen Sie sich ein Fußballspiel vor! Wir sprechen jetzt von großem Fußball: Viel Geld ist geflossen, um die besten Spieler für die Mannschaften zu werben, das Stadion zu mieten und all das Kleine und Große am Rande zu bezahlen. (Dummerweise hat es nicht für den Schiedsrichter gereicht.) Nun sind die Kassen leer und das Spiel geht los. Anpfiff! Die Massen jubeln, der Ball rollt. Er rollt einem Verteidiger Ihres FC vor die Füße. Der hebt ihn auf und rennt damit bis vor das gegnerische Tor, versetzt dem Torwart einen Kinnhaken und trägt den Ball in Netz. Das Stadion schweigt irritiert. Keiner rügt das Foul. Was ist denn hier los? Auf keinen Fall Fußball!

Vergleicht man die Kosten für einen Fußballschiedsrichter mit den übrigen Ausgaben für Spieler und Spiel, so ist er ziemlich billig zu haben. Aber ohne ihn – gäbe es keine Regeln, kein sinnvolles Spiel, keinen Spaß. Wer den Mann in Schwarz sparen will, kann sich das Spiel sparen.

Und jetzt stellen Sie sich ein Bundesland vor. Nehmen wir zum Beispiel Brandenburg. Der Haushalt ist knapp und im Justizministerium gibt man sich bescheiden. Es sieht

knapp aus für die Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsbehörden. Die „Schiedsrichter“ im Spiel des Lebens arbeiten mit knappen Personal weit über der Leistungsgrenze. Was aber geschieht, wenn ein Richter keine Zeit mehr hat, sich in die Interessen der streitenden Parteien einzufühlen? Was geschieht, wenn in unserem Flächenland Gerichte auf der platten Weise geschlossen werden? Was geschieht, wenn die Staatsanwaltschaften komplizierten Fällen (etwa Wirtschaftsstraftaten) nicht mehr intensiv nachgehen können? Was geschieht, wenn in den Knästen nicht mehr resozialisiert werden kann, sondern allenfalls verwahrt?

Vergleicht man die Kosten des Justizhaushaltes mit dem Gesamtvolumen des Landeshaushaltes sieht es fast wie unserem Fußballbeispiel von oben aus. Ohne Justiz funktioniert das große Ganze nicht – und dennoch ist die Brandenburger Justiz schlecht ausgestattet und völlig überlastet.

Im Interesse der „Schiedsrichter“ Brandenburgs stellte die Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag deshalb eine große Anfrage zur Situation der Justiz, die wir Ihnen mit den Antworten der Landesregierung unter [www.sarrach.de](http://www.sarrach.de) zur Verfügung stellen. Die Antworten der Landesregierung entsprachen wohl ihrer Wertschätzung für die Justiz. Die Landesregierung erging sich in seitenlangen Essays zu Aspekten, nach denen gar nicht gefragt wurde. Sie antwortete auf aufeinanderfolgende Fragen widersprüchlich. Sie beantwortete manche Fragen im Grunde gar nicht. Die wenigen substantziellen Antworten, die es gab, bestätigten unsere Sorgen leider all zu deutlich: die Brandenburger Justiz ist in einem ungutem Zustand.



Stefan Sarrach, MdL, rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Schwarzbuch  
zur Sicherheits- und Militärpolitik  
Deutschlands

DIE LINKE  
IN BRANDENBURG

Das Schwarzbuch kann im Internet unter <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7747922397.pdf>

bestellt oder heruntergeladen werden.

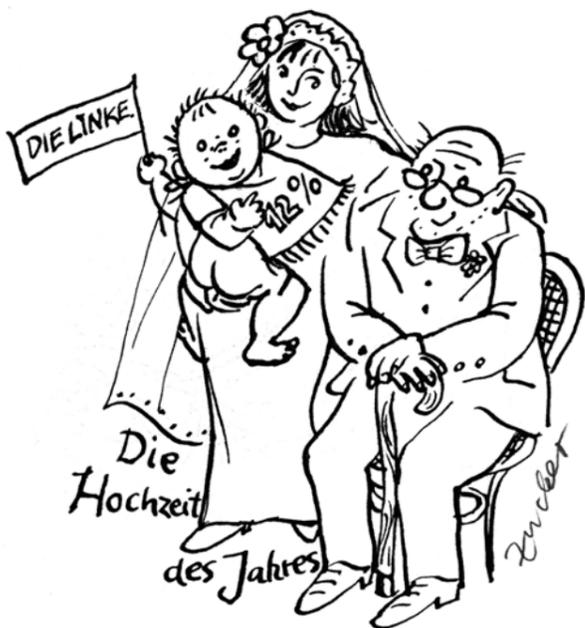
**nonpd**  
NPD-Verbot jetzt!

### Bundestag lehnt Annahme der Unterschriftenlisten ab

Nachdem Bundestagspräsident Lammer (CDU) sich außer Stande erklärte, die 175 445 Unterschriften zum NPD-Verbot anzunehmen, verwies er die Überbringer von VVN/BdA an den Bundestagspetitionsausschuss. Auch dieser verweigerte die Annahme. Wie steht die SPD zu ihrem Hamburger Parteitagbeschluss, ein neues NPD-Verbotsverfahren einzuleiten?

### Kommunistische Plattform in Oder-Spree gegründet

Am 6. November 2007 hat sich die Kommunistische Plattform in Fürstenwalde konstituiert. Schwerpunkt der Beratung war die programmatische Entwicklung in der LINKEN. Die Teilnehmer eint das Bestreben, in diese Diskussionen auf marxistischer Grundlage einzugreifen. Die Beratung verständigte sich über den organisatorischen Rahmen für ihr Wirken in der Partei DIE LINKE und darüber hinaus in der Gesellschaft. Ansprechpartner bitte in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN erfragen.



Mit Vernunft entschieden – zweistellig der Lohn  
Karikatur: Gertrud Zucker, Bad Saarow

## Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen im Dezember 2007/Januar 2008

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree  
Öffentliche Fraktionssitzungen: 18. 12., 19 Uhr, Fürstenwalde, Kreisgeschäftsstelle;  
Jahresabschluss  
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7  
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24  
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer  
Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43  
E-Mail: [emk.pooch@t-online.de](mailto:emk.pooch@t-online.de)

### Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

- Rechnungsprüfungsausschuss 10. 12., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport 11. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss KWU 12. 12., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, K.-Marx-Str. 11/12
- Ausschuss f. Recht, Ordnung, und Landwirtschaft 13. 12., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen 19. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 20. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Finanzausschuss 7. 1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss Eigenbetrieb-Rettungsdienst 10. 1., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 16. 1., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite <https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp> entnehmen.

### Kreistag Oder-Spree

6. 2., 17.00 Uhr, Beeskow, Atrium Landratsamt, Haus B, Breitscheidstr. 7

## Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im Dezember/Januar

### Dezember

70. Wolfgang Richter, Neuzelle

- |  |  |
|--|--|
| 75. Siegfried Maaz, Eisenhüttenstadt<br>Waltraud Roller, Fürstenwalde<br>Erich Städter, Dammendorf | 70. Christa Trätner, Storkow<br>75. Konrad Hannemann, Eisenhüttenstadt<br>Christa Hempel, Eisenhüttenstadt<br>Kurt Oksas, Eisenhüttenstadt<br>Gertrud Thonig, Eisenhüttenstadt<br>Marlen Wegner, Woltersdorf |
| 80. Christa Blauschies, Fürstenwalde<br>Gerhard Buchholz, Bad Saarow                               | 81. Joachim Hohnroth, Beeskow<br>82. Horst Pelk, Dammendorf  |
| 81. Johannes Fenske, Storkow<br>82. Helmut Preißler, Bad Saarow<br>84. Hilda Weber, Tauche         | 83. Werner Wunsch, Eisenhüttenstadt<br>84. Ruth Böhnke, Fürstenwalde<br>Hans Lembke, Bad Saarow  |
| 85. Prof. Dr. Lothar Schimmelpfennig, Hangelsberg<br>Ingeborg Ulbricht, Eisenhüttenstadt           | 85. Hans Fröhlich, Eisenhüttenstadt<br>Jenny Heider, Fürstenwalde<br>Harry Rendelmann, Fürstenwalde<br>Waltraud Schöneberg, Fürstenwalde   |
| 86. Ilse Arenbeck, Eisenhüttenstadt<br>Gerda Knespel, Eisenhüttenstadt                             | 88. Bruno Menz, Rauen  |
| 97. Margarete Müller, Schöneiche   |  |

### Januar

60. Johanna Karras, Fürstenwalde  
70. Dr. Wolfgang Buhe, Bad Saarow  
Prof. Dr. Eva Böhm, Woltersdorf  
Ein besonderer Glückwunsch geht nach Fürstenwalde an Dr. Grigor Wassilew zum 100. Geburtstag.



Die „WIDERSPRUCH“-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern im neuen Jahr Gesundheit sowie viel Elan und Erfolg bei der Bewältigung der vor uns stehenden politischen Aufgaben.

### Veranstaltungen (Auswahl)

- 10. 1., 14 Uhr, Beeskow, Stadtbibliothek Beeskow; Seniorentreff mit Helmut Scholz, stellvertretender Vorsitzender der Partei Europäische Linke, Thema: Aktuelles aus der Arbeit der LINKEN im Europaparlament
- 13. 1., 9–13 Uhr, Berlin-Friedrichsfelde, Gedenkstätte der Sozialisten; Liebknecht-Luxemburg-Ehrung
- 18. 1., 15 Uhr, Fürstenwalde, Kulturfabrik; Neujahrsempfang der Partei DIE LINKE Oder-Spree
- 26./27. 1., 1. Tagung des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE Brandenburg
- 27. 1., in Oder-Spree an den bekannten Orten, Gedenken der Opfer des Nationalsozialismus
- 31. 1., 19 Uhr, Beeskow, Märkischer Biergarten, Ringstraße; Gesamtmitgliederversammlung Beeskow

IMPRESSUM:  
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: [kontakt@linke-oder-spree.de](mailto:kontakt@linke-oder-spree.de), V.i.S.d.P.: Stephan Wende  
Redaktion: Peter Hochmuth, Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: [Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de](mailto:Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de); Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de)  
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000  
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: [Schneider.Satz@t-online.de](mailto:Schneider.Satz@t-online.de); Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden  
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Gabi Zimmer, MdEP, regt Meinungsaustausch für Europawahlprogramm 2009 an

## Für ein Europa mit Entscheidungsrechten für alle Bürgerinnen und Bürger

Während die Regierenden ihre – für sie selbst zunächst – erfolgreichen Verhandlungen zum EU-Vertrag bejubeln, forcieren im Europäischen Sozialforumsprozess Engagierte die Arbeit an der „Charta der Prinzipien für ein alternatives Europa“. Die Europäische Linkspartei beschloss sich auf ihrem 2. Kongress einen Aktionsappell. Ihre noch jüngere Mitgliedspartei DIE LINKE beginnt, ihr europapolitisches Profil auszuprägen. Dies verlangt, bisherige Positionen kollektiv zu prüfen, zu bekräftigen oder auch zu korrigieren, Neues zu entwickeln.

Deshalb suche ich die innerparteiliche Diskussion, nicht zuletzt mit dem Blick auf die Arbeit an unserem Europawahlprogramm 2009. Dabei interessiert mich insbesondere der Meinungsaustausch zu folgenden Positionen:

1. Wir haben die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza und den Entwurf der Europäischen Verfassung aus inhaltlichen Gründen ablehnen müssen. Nicht, weil wir prinzipiell gegen Europäische Verträge, gegen einen Verfassungsprozess oder gegen eine Europäische Verfassung wären. Nach dem Willen der Regierenden basiert der neue EU-Vertrag

auf dem Vertrag von Nizza und beinhaltet „die Substanz“ des Verfassungsentwurfes. Beide haben wir abgelehnt: wegen der festgeschriebenen neoliberalen Wirtschaftspolitik, der gefährlichen militärischen „Sicherheits“- und „Verteidigungs“-strategie, der Defizite an Demokratie, Verantwortung und Zukunftsfähigkeit. Dabei übersehen wir keineswegs positive Ansätze wie die erweiterten Rechte für das Europäische Parlament. Wir übersehen auch nicht Korrekturen an besonders provokativen Aussagen. Aber wir wägen politisch ab.

Die „Grundrechte-Charta“ war, bei all ihrer Widersprüchlichkeit, Unzulänglichkeit und unserer folgerichtigen Kritik, ein Fortschritt für die Bürgerinnen und Bürger. Nun gibt es nur noch einen Artikel, der sie für rechtsverbindlich erklärt. Doch die allgemeine Rechtsverbindlichkeit ist nicht gesichert, weil die bis dato in Warschau und London Regierenden die Charta für ihre Territorien nicht gelten lassen wollen.

Würden die Entwürfe für die Grundrechte-Charta und die europäische Verfassung von Konventen – in ihrer Mehrheit Abgeordnete der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments – ausge-

arbeitet und die Zivilgesellschaft gehört, kehrte man zur Regierungskonferenz hinter geschlossenen Türen zurück.

Dass die Bürgerinnen und Bürger Frankreichs und der Niederlande den Verfassungsvertrag in Volksabstimmungen abgelehnt haben, wurde zum Anlass genommen, auf Referenden zu verzichten: Wenn die Bürger/innen herrschende Politik nicht legitimieren wollen, sollen sie nicht entscheiden dürfen.

Das undemokratische Vorgehen der Regierenden ist nicht hinnehmbar, ebenso der scheinbar linke Versuch, das „Nein!“ aus den Referenden zum Entwurf der Europäischen Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden als politischen Fehler zu werten.

2. Wir hingegen treten für das „Europa für alle!“ ein, für eine weltweite Europäische Union, die Menschen in Not ihre Grenzen öffnet.

Es geht um eine Politik, die zu einer zivilen, solidarischen, demokratischen, sozialen und ökologischen EU führt, zu einem lebenswerten Europa in einer anderen Welt beiträgt.

Weil diese Union durch die Bürgerinnen und Bürger gestaltet und bestimmt werden muss, bleiben wir bei den Forderungen nach einem Europäischen Vertrag mit Grundrechtecharta und nach Referenden, die über die Annahme entscheiden.

3. Als linke Demokratinnen und Demokraten sehen wir uns herausgefordert, politischen Einfluss auf die Entwicklung der Europäischen Union zu nehmen. Sie soll ihr enormes Potenzial dafür nutzen, den hier Lebenden ein selbstbestimmtes Leben in solidarischem Miteinander zu ermöglichen und zugleich solidarisch und gerecht globale Probleme lösen.

Da wir hierbei helfen wollen, befürworten wir sowohl die europäische Integration als auch die Erweiterung der Europäischen Union auf gleichberechtigter, solidarischer, ziviler und demokratischer Grundlage. Wir treten für eine Wende in der Integrationspolitik ein.



Gabi Zimmer

- Mitglied der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne im Europaparlament
- Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Entwicklung
- Arbeitsschwerpunkte: Beschäftigungs-, Gleichstellungs- und Entwicklungspolitik

■ Kontakte:  
**Parlament Européen**  
Rue Wiertz, ASP 6F357  
B-1047 Brüssel  
Belgien  
Tel.: 00 32-2-284 71 01  
Fax: 00 32-2-284 91 01  
E-Mail: [gabriele.zimmer@euro-parl.europa.eu](mailto:gabriele.zimmer@euro-parl.europa.eu)

■ **Bürgerbüro**  
99423 Weimar  
Geleitstraße 8  
Tel.: (0 36 43) 80 51 55  
Fax: (0 36 43) 80 51 77  
E-Mail: [europabuero-gabizimmer@t-online.de](mailto:europabuero-gabizimmer@t-online.de)

■ Internet: [www.gabi-zimmer.de](http://www.gabi-zimmer.de)

Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden

## Die Motive der Neinsager

Rangfolge der am häufigsten genannten Gründe (Eurobarometer Umfragen)

	Frankreich: 54,7 % Nein	Niederlande: 62,8 % Nein
1	negativ für die Beschäftigung	zu wenig Information, Verfassungstext undurchschaubar
2	Arbeitslosigkeit	Verlust nationalstaatlicher Souveränität befürchtet
3	Verfassung zu neoliberal	Protest gegen bestimmte Parteien/Regierung
4	zu wenig „soziales Europa“	EU zu teuer

In Frankreich wie in den Niederlanden wurde das „Nein“ vor allem von den abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen getragen (Frankreich: 76 % bei den Arbeitern, 55 % bei den Angestellten, Niederlande: 78 % bei den Arbeitern, 60 % bei den Angestellten). Ebenso von den Wählern der linken Parteien (Frankreich: 61 % der Anhänger von Sozialisten und Grünen, 95 % der Anhänger von PCF und radikalen Linken; Niederlande: 63 % der Anhänger der sozialdemokratischen PvdA, 87 % der Anhänger der Sozialistischen Partei, aber nur 46 % bei Groen Links). In Frankreich fühlte sich die große Mehrheit der Anhänger des „Nein“ gut informiert, 83 % von ihnen sprachen sich für die europäische Integration aus und 66 % für das Projekt einer EU-Verfassung – nur eben nicht diese.

2. Kongress der Partei der Europäischen Linken vom 23. bis 25. 11. in Prag

## Prager Aktionsappell für Frieden, Entwicklung und menschenwürdige Arbeit



Die Europäische Linke will größere Anstrengungen für eine gemeinsame linke Politik in Europa unternehmen. Mit dem Beschluss des Prager Appells und der politischen Thesen ist der 2. Kongress der Partei der Europäischen Linken (EL) sind die nächsten Aufgaben für die rund 400 000 Mitglieder der EL bis zur Europawahl 2009 gestellt.

Die Europäische Linke will mit einer gemeinsamen Plattform in die Wahlen zum Europäischen Parlament gehen. Das sei ein realistisches Ziel, hob der neue Vorsitzende der EL Lothar Bisky hervor. „Die Hauptforderungen müssen gleich sein – ob in Rom, Berlin, Prag, Paris oder Warschau. Dafür lohnt alle Anstrengung. Wir brauchen europapolitische Kennzeichnung. Und natürlich soll es auch spezielle Themen der einzelnen Länder geben.“

Die EL sagt Nein zum Reformvertrag der Staats- und Regierungschefs von Lissabon. Den Staats- und Regierungschefs der EU warf Bisky Arroganz gegenüber den Referenden in Frankreich und den Niederlanden vor. „Sie tun so, als wäre die Europäische Union ihr Weekend House, mit dem sie ma-



chen können, was sie wollen. Das ist ein Irrtum.“

Die EU zu stabilisieren, bedarf es mehr als Kosmetik. Die EL will kein Europa der Regierungen, sondern ein Europa, in dem Bürgerinnen und Bürger ihre sozialen und politischen Rechte selbst bestimmen. Dies ist der Anspruch, der in den politischen Thesen formuliert ist. Mit einer Unterschriftensammlung in den Mitgliedsländern sollen Referenden in allen EU-Ländern eingefordert werden.

Ziel bis zur Europawahl ist es, Alternativen zu entwickeln und realistische Vorschläge zu machen. „Frieden ist die Spitze der sozialen Frage“, so Lothar Bisky. Die Europäische Union brauche keine Aufrüstungsagentur, der geplante Raketenstachel der USA in Tschechien und Polen provoziere eine neue Welle der Aufrüstung. „Die EU braucht eine Kultur des Friedens.“

Die EL will ein neues europäisches Sozialstaatsmodell entwickeln und verteidigen – gegen Lohndumping und für soziale Mindeststandards. Diese Forderung schließt Beschäftigungspolitik, Strukturwandel und Umweltfragen ein. „Die Europäische Linke kann nur bestehen, wenn sie sich zusammenfindet. Das scheinbar Unmögliche zu fordern ist manchmal der größte Realismus. Möglich ist eine gemeinsame Politik für alle europäischen Länder, ob sie Wirklichkeit wird, hängt von uns ab“, so Lothar Bisky.

Mit der Wahl des neuen Vorstands wurde der Kongress beendet. Für DIE LINKE wurden Helmut Scholz, Mitglied des Parteivorstandes, und Christiane Reymann gewählt.

25. November 2007



### Politische Thesen der Partei der Europäischen Linken Alternativen Entwickeln

„Der 2. Kongress der Partei der Europäischen Linken findet zu einem Zeitpunkt statt, da die Bürger Europas in ihrem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben vor einer entscheidenden Herausforderung stehen – für die Zukunft der Europäischen Union, des Kontinents und der Welt neue, konkrete Antworten zu geben. In unseren Ländern und in der Europäischen Union sind wir Tag für Tag mit einer Politik konfrontiert, die keinen überzeugenden alternativen Ausweg aus der Sackgasse zu weisen vermag, in die der Neoliberalismus die Menschheit geführt hat.“

Jeder Mensch möchte in Würde leben und über sein/ihr Schicksal

selbst bestimmen. Die herrschende Politik verweigert jedoch den Bürgern Europas das Recht, über die Zukunft des Kontinents zu entscheiden. Eine Kursänderung der Politik ist unser strategisches Ziel. Die Europawahlen von 2009 bieten der Europäischen Linken eine wichtige Gelegenheit, die Auseinandersetzung über europäische Themen zu politisieren und diese Kursänderung in Europa einzuleiten ...“

Schwerpunkte der Thesen:

- I. Die Partei der Europäischen Linken: Eine andere Politik für eine andere Gesellschaft
  - Wo wir stehen
  - Kämpfe, soziale Bewegungen und die Rolle der EL
  - Europa und die Institutionen

- Für einen demokratischen Neuaufbau Europas
- II. Partei der Europäischen Linken: Felder der Veränderung
  - Die kapitalistische Globalisierung und Europa
  - Die Europäische Linke ist gegen den Krieg
- III. Für ein neues soziales, demokratisches und ökologisches Modell
  - Ein soziales Europa
  - Ein ökologisches Europa für Frieden und globale Gerechtigkeit
  - Ein Europa der Rechte und Freiheiten

Das vollständige Thesenpapier und Berichte vom 2. Kongress der EL sind auf [http://die-linke.de/politik/international/zweiter\\_kongress\\_der\\_el\\_in\\_prag/](http://die-linke.de/politik/international/zweiter_kongress_der_el_in_prag/) und <http://www.european-left.org/> veröffentlicht.